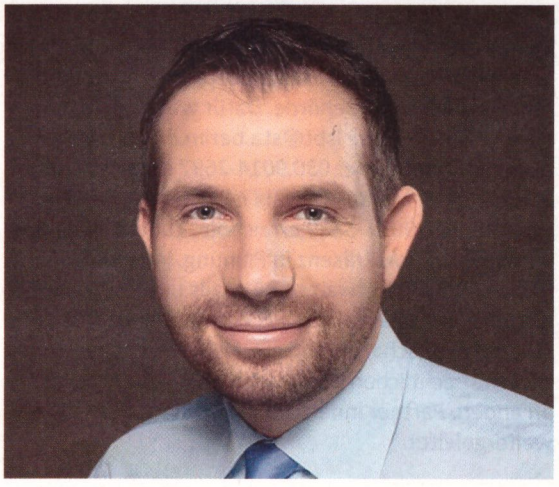
Ausufernde Gewalt gegen öffentlich Bedienstete

Die Innenstadt wird tyrannisiert und terrorisiert

Schon im Jahre 2009 beklagte der damalige Berliner Innensenator Ehrhard Körting den hohen Sachschaden, den Linksextremisten in Berlin anrichten, ganz zu schweigen von ihrer Bereitschaft zu schweren Körperverletzungen. Der Berliner Verfassungsschutz hatte damals circa 835 Gewalttaten in den Jahren 2003 bis 2008 herausgefiltert, die auf das Konto radikaler Linker gingen. Bis heute hat sich die Szene zwar nicht verdoppelt, aber sie ist radikaler geworden und noch gewaltbereiter.



Tom Schreiber, MdA

Unter dem Vorwand, ihre Straftaten für „soziale Gerechtigkeit" und „Antifaschismus" zu begehen, agieren die Täter teilweise wie Terroristen. So wurden schon im Jahr 2009 Molotowcocktails bei den Anschlägen auf das Bundeskriminalamt verwendet und bei Krawallen am 1. Mai 479 Polizistinnen und Polizisten verletzt. In Anlehnung an ein Zitat des früheren SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher bezeichnete Körting die Täter im Innenausschuss zutreffend als „rotlackierte Faschisten".

Schreckensbilanz der Gewalt

Im Mai 2010 wurden in einer einzigen Nacht 17 Fahrzeuge bei einer Autovermietung in Neukölln in Brand gesetzt. Die Berliner Polizei antwortete mit verstärkter Präsenz und prompt sprach die linksautonome Szene vom „Polizeistaat".

Im Jahr 2011 kündigten die Linksradikalen eine „Antitourismus-Kampagne" an, bei der unter anderem Geldbörsen und Handys geklaut, Autos angezündet, Hotels beschädigt, und Touribusse beworfen werden sollten. Anschlagsziel war wiederholt die Berliner S-Bahn. Von Angriffen mit Brandsätzen betroffen waren insbesondere die Ringbahn und das Ostkreuz.

Bei der Räumung der Liebigstraße 14 im Februar 2011 mussten wegen massiver Ausschreitungen durch die linksautonome Szene über 2.500 Polizisten eingesetzt werden. Im April folgten ein Brandanschlag gegen den Polizeiabschnitt (A51) in Friedrichshain und ein weiterer Angriff auf das Ostkreuz, der den Schienenverkehr massiv behindert und ein wichtiges Telefonkabel zerstört hat. Später wurden ein Brandbeschleuniger und ein Bekennerschreiben entdeckt. Der Absender: die linksautonome Szene.

Anzahl gewaltbereiter Linksextremisten steigt

Der keineswegs vollständige Rückblick spricht für sich. Leider hat sich bis heute nicht viel verändert. Laut Berliner Verfassungsschutzbericht 2013 stieg die Anzahl der „gewaltbereiten Linksextremisten" auf circa 2.520 (2012: 2.410) und die der Fälle von Gewalt gegen die Polizei auf 175 (2012: 152) an. Auch an den Versuchen der linksautonomen Szene, ihre Gewalttaten mit gesellschaftspolitischen Anliegen zu verbrämen, hat sich nichts geändert.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Juli dieses Jahres habe ich die Berliner Bereitschaftspolizei begleitet und bin selbst Zeuge zweier Anschläge auf Streifenwagen in der Adalbertstraße und in der Möckernstraße geworden. Auch die verbalen Attacken auf die Polizei bei der Räumung der Cuvry-Brache habe ich miterlebt und war von der klugen und gelassenen Reaktion des Zugführers beeindruckt. Man kennt den Ton der Szene eben mittlerweile.

Brandanschläge auf Fahrzeuge und Gebäude

Der Engeldamm wurde in diesem Jahr schon fünfmal Ziel von Anschlägen. Zuletzt trafen Steine auch ein

Fenster, hinter dem das Zimmer eines Kleinkindes lag. Die betroffene Familie kann und will sich dieser Gefahr nicht mehr aussetzen und wird Berlin verlassen. Weitere Brandanschläge auf die Ringbahn, auf Gebäude, Lastwagen und Reisebusse haben einen Schaden von über 250.000 Euro verursacht. Die Busse transportieren übrigens Schüler aus einem anderen Bundesland nach Berlin.

Die linksextremistische Szene Berlin terrorisiert und tyrannisiert mittlerweile die Innenstadt. Zu Recht schrieb die Berliner Zeitung in einem offenen Brief über „linksextremistische Kiez-Talibane". Seit dem Sommer bin ich in Kontakt mit Opfern linksextremistischer Anschläge. Außerdem bin ich vor Ort, wenn in der Stadt versucht wird, Menschen zu verdrängen beziehungsweise ihre Existenzen zu zerstören – Menschen, die als Angestellte, Selbstständige, Künstler und Beamte ihren Lebensmittelpunkt in Berlin gefunden haben oder schon immer hatten.

Ich kämpfe gegen Diskriminierung und Extremismus in seiner ganzen Vielfalt. Meine Forderung nach mehr Polizeipräsenz vor Ort – zivil und uniformiert – und nach einem Sicherheitskonzept findet endlich Gehör, auch wenn ich dazu erst öffentlichen Druck erzeugen musste. Fest steht: Es kann nicht sein, dass extremistische Gruppen bestimmen wollen, wer wo leben darf und wo nicht. Hier darf es keine falsche Solidarität geben. Politik besteht zwar aus Kompromissen, nicht aber, wenn extremistische Gewalt im Spiel ist.

Tom Schreiber, MdA
(Sprecher für Verfassungsschutz SPD-Fraktion)

Videowettbewerb der Landeskommission gegen Gewalt

Respekt? Ja, bitte!

Die starke Zunahme von Gewalt gegenüber Einsatzkräften der Polizei, Feuerwehr und Ordnungsämtern hat die Landeskommission Berlin gegen Gewalt veranlasst, einen Videowettbewerb für Berliner Schüler und Studenten auszuschreiben. Ein „Stoppzeichen" soll damit gegen alltägliche Vorkommnisse wie Beleidigungen, Pöbeleien, Körperverletzungen und Widerstandsdelikte gegenüber diesen Einsatzkräften gesetzt werden. Konkret soll die Botschaft lauten: In Berlin ist es ein absolutes „No go", Personen anzugreifen, die von Berufs wegen täglich ihren Kopf für die Sicherheit der gesamten Bevölkerung hinhalten!

Erwartet werden von den Teilnehmern am Wettbewerb „Respekt? Ja bitte!" kurze Videoclips, die einen klar erkennbaren Appell für einen respektvollen, toleranten und gewaltfreien Umgang mit Polizeibediensteten, Feuerwehrleuten und Mitarbeitern/-innen des Ordnungsamtes beinhalten. Anlass für die Aktion sind alarmierende Zahlen: So wurden im Jahr 2012 bundesweit 32.742 Gewaltdelikte inklusive Widerstands- und Versuchsdelikten registriert, denen nicht weniger als 60.294 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zum Opfer fielen. Das ist ein Anstieg der Fälle von 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Opfer stieg sogar um 9,9 Prozent. In den Stadtstaaten ist die Häufigkeitszahl (= erfasste Fälle pro 100.000 Einwohner) des Widerstands gegen Polizeivollzugsbedienstete am höchsten. Berlin nimmt mit 62 den traurigen Rekord ein, gefolgt von Bremen mit 57 und Hamburg mit 53.

Beschämende Zahlen

Die beschämende Statistik belegt eindeutig, dass Polizeibediensteten, Feuerwehrleuten und Mitar-

beiterinnen und Mitarbeitern der Ordnungsämter in Einsatzsituationen immer weniger Respekt entgegengebracht wird, auch aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Dieser verhängnisvollen Tendenz muss klar entgegengetreten werden, nicht nur weil Recht und Gesetz verletzt werden, sondern weil hinter jeder Einsatzkraft, die eine staatliche Maßnahme durchführt, nicht nur eine Vertreterin oder ein Vertreter staatlicher Gewalt steckt, sondern auch ein Mensch, dem der gleiche Respekt und die gleiche Achtung gebührt wie jedem anderen Bürger unseres Landes.

Kampagne setzt Wertedialog fort

Ein Beitrag dazu ist die Kampagne „Respekt? Ja, bitte!", die Berlins Innensenator Frank Henkel ins Leben gerufen hat. Als spezielle Präventionsmaßnahme für mehr Respekt gegenüber den staatlichen Einsatzkräften fügt sie sich nahtlos in den bereits seit 2013 geführten Wertedialog zum Thema „Gewalt hat keinen Wert. Du schon." ein. Die Kampagne beinhaltet neben dem Videowettbewerb auch Diskussionsrunden und Dialogveranstaltungen mit Innensenator Henkel. Außerdem wird der Innensenator verschiedene Dienststellen von Polizei, Feuerwehr und Ordnungsämtern besuchen. Am 12. November wird eine solche Dialogveranstaltung erstmals auch die Situation von Lehrerinnen und Lehrern an Schulen miteinbeziehen.